



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

13. hét

2018.03.26.

ZUSAMMENFASSUNG

- **LÖHNE STEIGEN ÜBER DEN ERWARTUNGEN.** Seit 61 Monaten steigen die Löhne in Ungarn ununterbrochen, der Lohnanstieg vom Januar mit 13,8 Prozent sowohl brutto als auch netto überstieg dabei noch die Erwartungen des Marktes. Eine entscheidende Rolle beim Lohnanstieg spielte die Erhöhung des Mindestlohns und die in Sphären des öffentlichen Dienstes eingeführte Lohnkorrektur.
- **AUF DER ABSCHLIEßENDEN SITZUNG DES MENSCHENRECHTSRATES DER UNO WAR ERNEUT DER UNGARISCHE STANDPUNKT ZU VERNEHMEN.** Die ungarische Regierung stellt sich auch weiterhin gegen jene Prinzipien, die im neuen Migrationspaket der UNO niedergelegt werden sollen. Dabei hält die ungarische Regierung an ihrem Standpunkt fest, wonach die Migration ein schlechter und gefährlicher Prozess ist, der das grundlegende Recht der europäischen Menschen auf ein sicheres Leben gefährdet.
- **UNTERSCHRIFTENSAMMLUNG FÜR MINDERHEITENSCHUTZ AUF DER ZIELGERADEN.** Am 3. April endet die Unterschriftensammlung für die europäische Initiative zum Schutz der nationalen Minderheiten, die sogenannte Minority SafePack-Initiative. Deren Ziel besteht in der Verabschiedung einer europäischen Regelung, mit der die sprachlichen und kulturellen Rechte der autochthonen europäischen Minderheiten gestärkt werden, damit diese in ihrer ursprünglichen Heimat, in ihrer Muttersprache und unter Bewahrung der eigenen Kultur glücklich werden können.
- **ORGANISATIONEN VON GEORGE SOROS SAMMELTEN ILLEGAL DATEN.** Ein verdeckt recherchierender Journalist fand heraus, dass die zum Soros-Netzwerk gehörende Organisation Migration Aid den Zugang zu den Transitzonen nutzte, um eine illegale Datenbank aufzubauen. Aus den Worten des Leiters von Migration Aid, András Siewert, geht hervor, dass George Soros die Zielstellung verfolge, seinen politischen Einfluss in Ungarn zu maximieren.
- **UNFRUCHTBARE VERHANDLUNGEN ÜBER EINE KOORDINIERUNG DER OPPOSITION.** Nur knapp zwei Wochen vor den Wahlen konnte das Oppositionslager noch immer nicht abklären, wie eine eventuelle Koordinierung in den einzelnen Wahlkreisen vorgenommen werden soll oder ob diese überhaupt zustande kommt. Auch weiterhin halten die uferlosen Debatten darüber an, wer in den einzelnen Direktwahlkreisen zu wessen Gunsten zurücktreten soll. Ungeachtet der Bestrebungen, gemeinsame Verhandlungen zu führen, konsultieren sich die Parteien unter Umgehung der jeweils Dritten, wobei es Verdachtsmomente gibt, dass sie im Interesse von Rücktritten konkurrierender Politiker zu ihren Gunsten mitunter auch vor unsauberen Methoden nicht zurückschrecken.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Löhne steigen über den Erwartungen

Seit 61 Monaten steigen die Löhne in Ungarn ununterbrochen, der Lohnanstieg vom Januar mit 13,8 Prozent sowohl brutto als auch netto überstieg dabei noch die Erwartungen des Marktes. Eine entscheidende Rolle beim Lohnanstieg spielte die Erhöhung des Mindestlohns und die in Sphären des öffentlichen Dienstes eingeführte Lohnkorrektur.

Dank des die Erwartungen übertreffenden Anstiegs der Durchschnittslöhne um 13,8 Prozent legten die Bruttodurchschnittslöhne im Januar auf 310.800 Forint und die Nettodurchschnittslöhne auf 206.700 Forint zu. Die Lohnerhöhungen fielen nach Branchen gegliedert im Transportwesen und in der Logistik, im Gesundheitswesen und im Baugewerbe besonders dynamisch aus. Auch die territoriale Verteilung der Lohnzuwächse kann als vorteilhaft angesehen werden, berührte diese doch die weniger entwickelten Komitate Baranya, Szabolcs-Szatmár-Bereg, Borsod-Abaúj-Zemplén und Nógrád am stärksten.

Überraschend kam der Lohnzuwachs derweil nicht, nachdem die Regierung mit den Sozialpartnern noch im November 2016 ein Dokument über eine sechsjährige Tarifvereinbarung unterzeichnet hatte. Im Sinne dieser Übereinkunft stieg der Mindestlohn ab Januar um weitere 8 Prozent, das garantierte Lohnminimum für Fachkräfte um 12 Prozent. Zur Tarifvereinbarung gehört aber auch, dass die Lasten der Arbeitgeber weiter gesenkt wurden, indem die Körperschaftsteuer auf 9 Prozent und die Sozialabgaben der Arbeitgeber von 27 Prozent auf in diesem Jahr 19,5 Prozent fielen. Sollte der Anstieg der Reallöhne anhalten, werden sich die Abgaben auf der Arbeitgeberseite bis 2022 auf 11,5 Prozent verringern.

Die Experten gehen davon aus, dass die Dynamik des Lohnanstiegs auch im weiteren Jahresverlauf zweistellig bleibt, wobei es durchaus Erwartungshaltungen gibt, denen zufolge die Dynamik weiter zunehmen könnte. Der Arbeitsmarkt ist unverändert angespannt, weshalb in einzelnen Branchen damit gerechnet werden darf, dass die bislang beobachteten zweistelligen Lohnzuwächse eine Fortsetzung finden. Darüber hinaus sind die Tarifvereinbarungen bei zahlreichen staatlichen Unternehmen deutlich in Verzug geraten, was sich in den kommenden Monaten in einer Korrektur niederschlagen wird.

AUSSENPOLITIK, AUSSENWIRTSCHAFT

Auf der abschließenden Sitzung des Menschenrechtsrates der UNO war erneut der ungarische Standpunkt zu vernehmen

Die ungarische Regierung stellt sich auch weiterhin gegen jene Prinzipien, die im neuen Migrationspaket der UNO niedergelegt werden sollen. Dabei hält die ungarische Regierung an ihrem Standpunkt fest, wonach die Migration ein schlechter und gefährlicher Prozess ist, der das grundlegende Recht der europäischen Menschen auf ein sicheres Leben gefährdet.

Die ungarische Regierung ist weiter entschlossen, die Sicherheit der ungarischen Menschen zu garantieren. Wie gehabt sieht sie die Lösung nicht in einer Stimulierung der illegalen Einwanderung, sondern darin, diese zu stoppen und den Bewohnern der davon betroffenen Länder eher vor Ort zu helfen. Im Zeichen dieser Überlegungen entstand der Grenzzaun und wurden Maßnahmen verabschiedet, um die Grenzsicherung auch juristisch zu untermauern. Nach dem Standpunkt der ungarischen Regierung kann kein einziges Menschenrecht erklären, dass in der ersten Welle 400.000 illegale Einwanderer ohne jede Kontrolle durch Ungarn ziehen konnten, wobei sie Schienenwege und die verkehrsreichsten Autobahnen lähmten.

Die Anerkennung der Migration als grundlegendes Recht enthält ein riesiges Sicherheitsrisiko für die europäischen Bürger. Die europäische Terrorbedrohung war noch nie so kritisch, wie in der jüngeren Vergangenheit. Unter den Terroranschlägen der vergangenen Jahre wurden 27 durch Personen mit Migrationshintergrund verübt, bei denen 330 Menschen ums Leben kamen und mehr als 1.300 Menschen verletzt wurden. Sollte das Recht auf Migration als grundlegendes Menschenrecht deklariert werden, wird damit sehr wahrscheinlich das Recht der in Europa lebenden Menschen auf ein sicheres Leben verletzt.

Gegenwärtig dreht sich der größte Streit zwischen der ungarischen Regierung und den die Migration organisierenden Einrichtungen darum, ob das Recht auf Migration oder aber das Recht auf ein sicheres Leben Vorrang hat. In dieser Frage kann nicht damit gerechnet werden, dass sich der Standpunkt der Parteien annähern wird. In New York, Genf und Brüssel ist gleichermaßen von den Rechten der Migranten und deren Schutz zu hören, während die Geltendmachung der Rechte der europäischen Menschen in den Hintergrund rückt. Eine derartig selektive Interpretation der Menschenrechte ist nach dem ungarischen Standpunkt unakzeptabel.

Unterschriftensammlung für Minderheitenschutz auf der Zielgeraden

Am 3. April endet die Unterschriftensammlung für die europäische Initiative zum Schutz der nationalen Minderheiten, die sogenannte Minority SafePack-Initiative. Deren Ziel besteht in der Verabschiedung einer europäischen Regelung, mit der die sprachlichen und kulturellen Rechte der autochthonen europäischen Minderheiten gestärkt werden, damit diese in ihrer ursprünglichen Heimat, in ihrer Muttersprache und unter Bewahrung der eigenen Kultur glücklich werden können.

Der Jurist des Rákóczi-Verbandes, Balázs Tárnok, erinnerte daran, dass die Initiative erstmals vor einem halben Jahrzehnt aufgeworfen wurde, wobei mit dem Sammeln der Unterschriften erst nach mehrjähriger Verzögerung begonnen werden konnte. Sofern die Unterschriftensammlung einen Erfolg bringt, wird sich die Europäische Kommission tiefgehend mit der Lage der europäischen autochthonen Minderheiten beschäftigen und in dieser Frage Stellung beziehen müssen. Das Ziel von Minority SafePack lautet, bestimmte Bereiche des nationalen, ethnischen und sprachlichen Minderheitenschutzes auf die Ebene des Gemeinschaftsrechts zu heben.

Die Mindestanzahl an Unterschriften aus den dazu erforderlichen 7 Ländern liegt bereits vor, doch bedarf es weiterer Unterschriften, um die vorgeschriebenen insgesamt eine Million Unterschriften bis zum Stichtag der Aktion am 3. April zu erreichen. Von den bislang gesammelten mehr als 900.000 Unterschriften kam nahezu die Hälfte mit rund 400.000 Unterschriften in Ungarn zustande. Wegen des herannahenden Stichtages bat der für die Angelegenheiten der Auslandsungarn zuständige Fidesz-Direktor Barna Pál Zsigmond die Ungarn, mit ihrer Unterschrift die Initiative Minority SafePack zu unterstützen.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Organisationen von George Soros sammelten illegal Daten

Ein verdeckt recherchierender Journalist fand heraus, dass die zum Soros-Netzwerk gehörende Organisation Migration Aid den Zugang zu den Transitzonen nutzte, um eine illegale Datenbank aufzubauen. Aus den Worten des Leiters von Migration Aid, András Siewert, geht hervor, dass George Soros die Zielstellung verfolge, seinen politischen Einfluss in Ungarn zu maximieren.

Der Leiter der zum Soros-Netzwerk gehörenden Organisation Migration Aid, András Siewert, hat zugegeben, dass die vermeintlich humanen Aktionen von George Soros in Wirklichkeit der Geltendmachung seiner finanziellen Interessen und einer politischen Einflussnahme dienen. Die Organisation bleibt bei dieser Aufgabe nicht allein, kooperiert sie doch mit mehreren anderen einheimischen Organisationen, wie dem Ungarischen Helsinki-Ausschuss, dem Zufluchtsverein, der Gesellschaft für Freiheitsrechte, Amnesty International und der „Artemission“-Stiftung. Darüber hinaus unterhält das Netzwerk Kontakte zu zahlreichen Organisationen in Serbien und Griechenland sowie zu den Botschaften Deutschlands und Österreichs.

Wie sich herausstellte, sammelte die von András Siewert geleitete Soros-Organisation illegal Daten in Transitzonen. Der Präsident der Datenschutzbehörde NAIH, Attila Péterfalvi, leitete in diesem Zusammenhang eine Untersuchung ein, nachdem seine Behörde für die Kontrolle des Datenumgangs im Schengen-Raum verantwortlich ist. Sollte sich dabei herausstellen, dass es tatsächlich zur illegalen Datenerfassung kam, dann hat die Soros-Organisation nicht nur nationales, sondern auch Gemeinschaftsrecht verletzt.

Die Worte von András Siewert legen offen, dass George Soros und die von ihm finanzierten Organisationen auch im Zusammenhang mit den anstehenden Parlamentswahlen politischen Druck in Ungarn ausüben. Die unter bewusster Umgehung der Behörden vorgenommene illegale Datenerfassung wiederum verweist darauf, dass die durch Migration Aid vorgenommene Tätigkeit ein echtes Risiko für die nationale Sicherheit darstellt. In diesem Sinne ist es unabdingbar, dass diese Organisationen mit der Verabschiedung des Gesetzespakets „Stop Soros“ zu einem transparenten Betrieb unter Einhaltung der Gesetze angehalten werden.

Unfruchtbare Verhandlungen über eine Koordinierung der Opposition

Nur knapp zwei Wochen vor den Wahlen konnte das Oppositionslager noch immer nicht abklären, wie eine eventuelle Koordinierung in den einzelnen Wahlkreisen vorgenommen werden soll oder

ob diese überhaupt zustande kommt. Auch weiterhin halten die uferlosen Debatten darüber an, wer in den einzelnen Direktwahlkreisen zu wessen Gunsten zurücktreten soll. Ungeachtet der Bestrebungen, gemeinsame Verhandlungen zu führen, konsultieren sich die Parteien unter Umgehung der jeweils Dritten, wobei es Verdachtsmomente gibt, dass sie im Interesse von Rücktritten konkurrierender Politiker zu ihren Gunsten mitunter auch vor unsauberen Methoden nicht zurückschrecken.

Nach den erst durch die LMP möglich gewordenen, erfolglosen Konsultationen machte der Politiker der grün-alternativen Partei, Gábor Vágó, ausgerechnet jenen Ferenc Gyurcsány für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich, der das Treffen angeregt hatte. Für den Ex-Ministerpräsidenten, den sein Gast der Trunkenheit bezichtigte, dürfte die misslungene Übereinkunft jedoch eher als Erfolg zu interpretieren sein, weil er in Kenntnis der erreichten Ergebnisse nunmehr sagen kann, die LMP sei das größte Hindernis für eine Zusammenarbeit, wie es der MSZP-Vorsitzende Gyula Molnár gleich nach dem Treffen tatsächlich tat. Die LMP manövrierte sich, indem sie die Aufgabe übernahm, die Koordinierung organisieren zu wollen, selbst in eine schwierige Lage, nachdem es weder innerhalb der Partei noch in Anbetracht ihrer Interessen eindeutig geklärt ist, ob die Zusammenarbeit für die Grünen wünschenswert ist. Indem sie in die von Ferenc Gyurcsány gestellte Falle spazierte, erlegte sich die LMP das Gewicht auf, die Koordinierung zu organisieren, dessen sich die Partei nunmehr entledigen will. In diesem Sinne begann man, Zugeständnisse gegenüber den anderen Parteien zu machen, damit nach einer sehr wahrscheinlichen Wahlniederlage nicht die LMP von Bernadett Szél für den Misserfolg verantwortlich gemacht werden kann.

Was den Skandal der Jobbik um versuchte Bestechungen anbelangt, der immer größere Wellen in den Medien schlägt, lässt sich resümieren, dass diese Partei die Wahlkoordinierung sehr eigenmächtig auslegt. An Stelle von Übereinkünften und einem koordinierten Antreten der Kandidaten liegt es im Interesse der Jobbik, im Alleingang ein möglichst gutes Ergebnis bei den Wahlen zu erzielen. Deshalb ist auch jene Vorstellung nicht aus der Luft gegriffen, dass diese Partei alle Mittel einsetzen wird, um die Zahl ihrer Rivalen in den einzelnen Wahlkreisen auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der Jobbik werden noch dadurch gemindert, dass es in dieser Partei einen recht markanten Standpunkt gibt, wonach jede Art von Verhandlungen mit den Parteien des linken Lagers abgelehnt wird. In diesem Zusammenhang erscheint jene Äußerung des Stellvertretenden Jobbik-Vorsitzenden László

Toroczkai interessant, dem beim Gedanken an die LMP-Politiker übel wird und der hinter dem Bestechungsskandal Intrigen der LMP vermutet. Der Partei-Vize betonte aber auch, dass die Kandidaten der Jobbik auf Landesebene chancenreicher seien, was vermuten lässt, dass von ihrer Seite keine Notwendigkeit besteht, koordiniert Kandidaten zurückzuziehen. Zu den Hintergründen der Sache lohnt es festzuhalten, dass die Jobbik – wenn man von den Ambitionen des der Jobbik nahestehenden Großunternehmers Lajos Simicska, seinem Vermögen und seinem Einfluss auf diese Partei ausgeht – sowohl die Möglichkeiten besitzt als auch die Absichten verfolgt, solche und ähnliche Techniken im Wahlkampf einzusetzen.

Im Oppositionslager verliert die MSZP laufend an politischem Spielraum. Das zeigt sich schon allein daran, dass die Sozialisten bei den Verhandlungen nur die Rolle eines Statisten besetzen, während ihr von außen eingetroffener Spitzenkandidat Gergely Karácsony mit seinen Äußerungen gleichermaßen die Jobbik wie die LMP attackiert. Dass Sozialistenchef Gyula Molnár eindeutig bejahte, das Scheitern der Verhandlungen vom vorigen Wochenende sei der LMP zuzuschreiben, zeigt nur zu deutlich, welchen Einfluss Ferenc Gyurcsány auch weiterhin auf die Lage der sozialistischen Partei ausübt. Wenn die MSZP nicht imstande ist, aus dem Dunst der Bedeutungslosigkeit auszubrechen, und bei den Wahlen kein entsprechendes Ergebnis erreicht, womöglich nicht einmal die Parlamentshürde von 10% (wegen des Bündnisses MSZP-Párbeszéd) meistert, könnte es leicht passieren, dass die DK von Ferenc Gyurcsány ihr ursprüngliches Ziel erreichen wird, indem sie sich die sozialistische Partei einverleibt.

PROGNOSE

- **Am 28. März verhandelt eine Delegation der Gewerkschaft im öffentlichen Dienst mit der Regierung, wobei Lohnerhöhungen für die Mitarbeiter von Gemeindeverwaltungen im Mittelpunkt stehen.**
- **Am 31. März endet die Frist, sich für eine Wahl im Ausland im Register von Außenvertretungen verzeichnen zu lassen.**
- **Am 2. April kommt es in Italien zu Konsultationen hinsichtlich einer Regierungsbildung.** Bei den Parlamentswahlen in Italien holten die gegen die Migration eingestellten Bündnisse der Fünf-Sterne-Bewegung und der Mitte-Rechts-Koalition die meisten Stimmen.

